

Protokoll der Onlinesitzung des JHA vom 15.07.2021 und der anschließenden Beschlussfassung im Umlaufverfahren

Zeit: 14:00 – 16:45 Uhr

Teilnehmer/-innen und Gäste:
s. Anwesenheitsliste → wird später eingefügt

Vorsitz: Frau Hüsken
Protokoll: Frau Weiß

Bremen, den 15. Juli 2021

TOP 01: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde genehmigt

TOP 02: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

-

TOP 03: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.06.2021

Das Protokoll wird unter Top 1 und Top 2 durch Frau Ahrens ergänzt:

Top 1 Genehmigung der Tagesordnung:

Frau Ahrens fragt, warum der Statusbericht II, der dem Ablaufplan nach seit dem 11.5. den zuständigen Gremien berichtet werden muss, dem Ausschuss über einen Monat später, immer noch nicht vorgelegt wurde.

Beschluss: Das Protokoll wird mit der aufgeführten Ergänzung von Frau Ahrens zu Top 1 genehmigt.

Zustimmung: 15
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

Top 2 Stellungnahme des Jugendhaus Buchte

Frau Ahrens führt aus, dass für die CDU-Fraktion mit dem Spendenaufruf an dem öffentlich finanzierten Jugendhaus Buchte, mit dem für die - dem gewaltorientierten Linksextremismus zugeordnete „Rote Hilfe e.V.“ geworben wird - eine rote Linie überschritten ist.

Für die CDU-Fraktion ist mit diesem Plakat auch der Bereich der jugendpolitischen Ausdrucksform oder einer emanzipatorischen Jugendarbeit verlassen.

Ein Plakat vor der Tür, dass die kompletten Kontodaten für die „Rote Hilfe e.V.“, die Aussagen „Hilfe für Lina“ (dem mutmaßlichen Kopf der gewaltorientierten linksextremistischen Szene in Leipzig) und die Worte „Antifas raus aus den Knästen“ enthält ist eben etwas anderes.

Selbstverständlich steht die CDU-Fraktion dazu, dass Jugendeinrichtungen und Jugendliche sich ausprobieren müssen und auch kontroverse Meinungen vertreten dürfen, solange diese vom Grundgesetz her abgedeckt sind. Mit einer Werbung für diesen gewaltorientierten, im Verfassungsschutzbericht seit Jahren aufgeführten Verein sieht sie diese Linie allerdings als überschritten an.

Auch der Grundsatz des Rechtsbeistandes, den die CDU selbstverständlich achtet und der von der Naturfreundejugend als Begründung für das Plakat angeführt wird, ist nicht zu halten.

Ein normaler Rechtsbeistand gewährt immer Hilfe und nicht nur, wenn sich der „Klient“ des Rechtsbeistandes „politisch so verhält“ wie der Rechtsbeistand dieses fordert. Genau das aber tut die „Rote Hilfe e.V.“, wie der Verfassungsschutzbericht 2020 auch über einen Bremer Fall berichtet und genau dies verschweigt die Naturfreundejugend!

Es ist eben kein normaler Rechtsbeistand, wenn die „Rote Hilfe e.V.“ mit Ihrer Einstellung eine stabilisierende Funktion innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene einnimmt und dabei nur solche Taten unterstützt, die sie als „politisch“ willkommen wertet. Entschuldigungen oder Distanzierungen der Täter von linksextremistischen Gewaltdelikten im Verfahren führen regelmäßig zu einem Bremer Entzug ihrer Unterstützung.

Die Quellen für diese Aussagen der „Roten Hilfe e.V.“ sind im Verfassungsschutzbericht nachzulesen. Die CDU-Fraktion wird sich immer wieder zu Wort melden, wenn an öffentlich finanzierten Jugendeinrichtungen Werbung für gewaltorientierte extremistische Strömungen jeglicher politischer Richtung Werbung gemacht wird.

Beschluss: Das Protokoll wird mit der aufgeführten Ergänzung von Frau Ahrens zu Top 2 genehmigt.

Zustimmung: 14
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 1

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Herr Tuncel

TOP 04: Aktueller Sachstand Corona – Austausch

Öffnung und Betrieb der Bäder, Sommer 2021, bis Ende Sommerferien.

Herr Diener berichtet zu den Ausführungen des Sportamtes:

Im Sommer 2021 stehen die Freibäder Schloßparkbad, Westbad, Stadionbad sowie Blumenthal und die Hallbäder Westbad, Huchting, Schloßparkbad sowie das Freizeitbad Vegesack zur Verfügung. Die Öffnung und der Betrieb der entsprechenden Bäder sowie die Nutzung für Kurse der Bremer Bäder GmbH bzw. die Zeiten für Vereine (Training sowie Kurse) sind einer vom Sportamt übermittelten Übersicht zu entnehmen, welche gerne dem Protokoll angehängt werden kann. So finden in allen geöffneten Hallenbädern Vereinstraining und Schwimmkurse statt. Mit Ausnahme des Freibades in Blumenthal werden alle Freibäder am Abend für Vereinstraining geöffnet. Zudem wird das Schloßparkbad während der Sommerferien ganztägig für das Programm 1.000 Abzeichen genutzt bzw. abends für Vereine. Auch habe man die Bezahlautomaten verändert, so dass ein Zugang für alle Bürger:innen auch mit Bargeld möglich sei.

Frau Ahrens merkt hierzu an, dass sie sich zeitnah einen Überblick über die einzelnen Angebote machen möchte. Hierzu wird die angesprochene Liste direkt im Nachgang zur Ausschusssitzung an alle versandt.

Teilnehmer der Debatte: Herr Diener, Frau Ahrens

Coronagipfel:

Herr Diener berichtet, dass der zweite Gipfel im Oktober als Onlineveranstaltung stattfindet. Es sind wieder alle drei Ressorts beteiligt und thematisch wird u.a. berichtet werden, welche Maßnahmen in den verschiedenen Themenfeldern bereits angegangen worden sind. Des Weiteren wird in Bezug auf das Aufholpaket eine konkrete Berichterstattung erfolgen. Sobald der Termin feststeht, wird es ein „Save the Date“ geben.

Frau Ahrens teilt für die Terminplanung mit, dass die Klausurtagung der CDU-Fraktion vom 04.-06.10.2021 stattfindet.

Frau Krümpfer teilt für die Terminplanung mit, dass die SPD Fraktion ebenfalls vom 04.-06.10.21 in Klausur geht.

Herr Barde merkt an, dass er einen hohen Bedarf der Kinder- und Jugendhilfe für das Aufholpaket sehe. Die Kinder- und Jugendhilfe freue sich sehr, wieder aktiv arbeiten zu können, jedoch weiterhin unter Pandemiebedingungen. Um den außerschulischen erhöhten Kinder- und Jugendbedarf gerecht zu werden, bedarf es einer ausreichenden Ausstattung, die pandemiegerechte Angebote ermöglicht. Hierbei muss neben dem Aspekt von zusätzlichen Angeboten auch weiteres wie: erweiterte Öffnungszeiten, Ressourcen für die Vernetzungsarbeit, Kooperationsbezüge zu Schule, Beratungseinrichtungen, Kultur- und Sportarbeit berücksichtigt werden.

Herr Edwards fragt nach der Terminierung bezugnehmend auf die konkrete Umsetzung des Soforthilfeprogramms. Herr Diener verweist in diesem Zusammenhang auf die Senatsbefassung am 27.07.2021 und informiert über die gesetzten Schwerpunkte (Frühe Hilfe, Jugendfreizeiten, Freiwilligendienste, Bewegung, Kinder- und Jugendarbeit) zum Aktionsprogramm.

(Anmerkung: Die Senatsbefassung findet erst im August statt, da am 27.07. und 03.08. ferienbedingt keine Senatssitzungen stattfanden)

Die verabschiedete Senatsvorlage ist anschließend abrufbar unter:

<https://www.rathaus.bremen.de/senatsunterlagen-57451>

Teilnehmer der Debatte: Herr Diener, Frau Ahrens, Frau Krümpfer, Herr Barde, Herr Edwards

Impfungen der 12-15 Jährigen

Herr Diener berichtet von einer intensiven Debatte im Gesundheitsressort zu den Impfungen der 12-15-jährigen. Diese sind bisher bei den Kinderarztpraxen angesiedelt. Es gibt aber die Überlegung eine entsprechende Impfstation im Impfzentrum einzurichten.

Frau Ahrens weist auf einen Brief der zentralen Elternvertretung hin, dass es derzeit keine Impfangebote außerhalb der Stikoempfehlung gebe. Die wenigen Kinderärzte, die impfen, halten sich streng an die Empfehlung, die nur eine bestimmte Gruppe der 12-15-Jährigen umfasst. Es gibt aber den Wunsch von Eltern und Kindern nach einem breiteren Impfangebot insbesondere vor dem Hintergrund der Ausbreitung der Deltavariante.

Teilnehmer der Debatte: Herr Diener, Frau Ahrens

Kindertagesbetreuung

Herr Jablonski berichtet, dass sich die Tageseinrichtungen derzeit in Stufe 1 (Kohorten bis zu 60 Kindern) befinden und es bis auf 3 bekannte Fälle kein akutes Infektionsgeschehen gibt. In einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit den Trägern hat man sich darauf verständigt, dass die derzeitigen Sicherheitsnetze und Steuerungsmöglichkeiten erhalten bleiben, dazu zählen das Kohortenprinzip, der Reaktionsstufenplan mit 4 Stufen sowie das eingerichtete Ampelsystem, um umgehend auf lokale Infektionsgeschehen reagieren zu können. Das Rahmenkonzept wurde in Bezug auf Zusammenarbeit Kita/Schule und die Hortbetreuung aktualisiert und wird noch vor den Sommerferien verschickt. Die Testungen sollen mit Start in das neue Kitajahr 2021/2022 bestehen bleiben, jedoch stellt sich die Frage nach einer verbindlicheren Gestaltung, hierzu ist eine breite Diskussion in der AG 78 Kindertagesbetreuung angedacht. Frau Ahrens unterstützt eine verbindliche Testpflicht und weiterhin kontaktloses Fiebermessen.

Teilnehmer der Debatte: Herr Jablonski, Frau Ahrens

TOP 05: Abschlussbericht Jugendamt weiterentwickeln

Herr Diener führt in die Vorlage ein. Das Jugendamt Bremen hat sich in dem 2014 gestarteten Prozess neu aufgestellt. Die sozialräumliche Orientierung der Arbeit findet sich auch in der SGB VIII Reform wieder. Die entwickelten Kernprozesse bilden die Grundlage für die Fachanwendung SoPart, die aktuell im Jugendamt eingeführt wird und das alte Fachverfahren OkJug ablöst. Über die formative Evaluation ist die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung sichergestellt. Die erwartete Fallzahlsenkung hat sich u.a. aufgrund steigender Jugendeinwohneranzahl nicht eingestellt, jedoch ist die Zahl der Fälle/1.000 JEW zurückgegangen. Daneben ist bereits eine leichte Tendenz zu mehr ambulanten Maßnahmen im Vergleich zu eingriffsintensiveren, stationären Maßnahmen zu verzeichnen.

Frau Ahrens merkt an, dass trotz dem zusätzlich beschlossenen Personal im CM weiterhin nicht genügend Personal vorhanden ist und nach wie vor eine hohe Fluktuation besteht. Diesem müsse entgegengewirkt werden. Herr Schmitt bedankt sich für den Bericht. Er begrüße die weitere Prozessbegleitung durch die UAG zur AG nach § 78 HzE "Weiterentwicklung HzE". Der angesprochene Fachkräftemangel begleitet alle Bereiche und bedingt, dass die angestoßenen Prozesse nicht vollumfänglich umgesetzt werden können.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Herr, Diener, Herr Schmitt, Frau Ahrens

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport den vorgelegten Bericht „Jugendamt weiterentwickeln! JuWe“ zur Evaluation des JuWe-Prozesses sowie den Controllingbericht „Projekt JuWe“ zur Kenntnis.

Zustimmung: 15
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 06: Sachstand zum Jugendbericht der Stadtgemeinde Bremen

Herr Seidel führt in die Vorlage ein.

Der Jugendbericht für die Stadtgemeinde Bremen wird auf drei thematischen Säulen aufgebaut: Darstellung der Angebotslandschaft der Kinder- und Jugendarbeit, Qualitätsentwicklungs- und Steuerungsinstrumente und die Relationen zwischen den Zuwendungen und Angeboten.

Die Moderationsgruppe soll sicherstellen, dass mit Expert*innen der Fach- und Planungspraxis ein eigenständiges Format zur Beteiligung und zum Austausch über den Arbeitsprozess am Jugendbericht geboten wird.

Herr Goldschmidt begrüßt die thematische Schwerpunktsetzung und berichtet, dass die AG 78 sich bereits mit der Frage nach den Trägervertreter:innen befasst.

Frau Ahrens merkt an, dass es wichtig ist, dass der Jugendbericht alle Angebote und Institutionen erfasst, die Kinder- und Jugendarbeit leisten und nicht nur die aktuell von SJIS geförderten. Des Weiteren dürfen Themen wie Digitalisierung aber auch Sanierung/Renovierung nicht fehlen. Um Handlungsempfehlungen ableiten zu können, bedarf es dieser umfassenden Darstellung.

Herr Tuncel begrüßt die Vorlage und bedankt sich für die bereits geleistete Arbeit.

Herr Seidel ergänzt, dass Ziel ist, alle angesprochenen Punkte darzustellen und mit Unterstützung der Moderationsgruppe auch alle wichtigen Punkte erfasst werden sollten.

Frau Krümpfer bedankt sich bei Herrn Seidel für den nach dem letzten JHA eingerichteten zusätzlichen Termin sowie für seine bisherigen Ausführungen und sein Engagement für diesen Bericht.

Frau Görgü-Philipp bringt ihren Dank und ihre Freude über den begonnenen Prozess zum Ausdruck.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Herr Seidel, Frau Ahrens, Herr Goldschmidt, Herr Tuncel, Frau Krümpfer, Frau Görgü-Philipp

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vorliegenden Sachstand zum Jugendbericht für die Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport um die Umsetzung und Weiterentwicklung des vorgestellten Planungsstandes.
3. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport um die zeitnahe Gründung der Moderationsgruppe Jugendbericht.
4. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport um fortlaufende und kontinuierliche Berichterstattung zum Arbeitsprozess am Jugendbericht für die Stadtgemeinde Bremen im Jugendhilfeausschuss

Zustimmung: 15
Gegenstimmen:0
Enthaltungen: 0

TOP 07: Statusbericht II

Mit Verweis auf die mehrfache Vorstellung in den unterschiedlichen Gremien wird auf eine Einführung verzichtet.

Frau Ahrens merkt die deutliche Steigerung der einrichtungsbezogenen Warteliste an. Des Weiteren stellt sich die Frage, wie viele der noch offenen U3 Plätze von sozialpädagogischen Spielkreisen sind.

Frau Kastens merkt an, dass es für die Träger in diesem Jahr sehr abstrakt war, da das System nicht abgebildet hat, welche Zahlen übermittelt wurden.

Frau Lürßen ist überrascht über die Aussagen in Bezug auf die Planungen im Stadtteil Burglesum.

Frau Pauluhn führt aus, dass es aufgrund des Systemwechsels noch zu Dopplungen gekommen ist, die mit dem Status 3 ausgeräumt sein müssten. Auch sollte dann eine Transparenz der übermittelten Daten für die Träger sichergestellt sein. Eine Unterscheidung zwischen U3 Plätzen in Einrichtungen und sozialpädagogischen Spielkreisen gibt das Programm nicht her. In Bezugnahme auf den Stadtteil Burglesum verweist sie auf den zuständigen Kollegen und die Beirats-sitzung am 20.07.2021.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Pauluhn, Herr Jablonski, Frau Ahrens, Frau Kastens, Frau Lürßen

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zustimmung: 15
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 08: Aufstellung der Haushalte 2022/2023 Ressort SKB

Auf eine Einführung in die Vorlage wird verzichtet.

Herr Schlepper merkt an, dass ein nicht unerheblicher Teil der Ausstattung in der Kindertagesbetreuung (Indexausstattung und Ausbildung) über die befristeten Bundesmittel zum Gute-KiTa Gesetz finanziert werden und derzeit noch nicht abschließend über die Höhe der weiteren Mittel des Bundes und deren Verwendung entschieden worden ist.

Herr Jablonski ergänzt hierzu, dass Bremen bezugnehmend auf das Gute-KiTa-Gesetz in Abstimmung mit dem Bundesfamilienministerium steht und eine Weiterführung angedacht ist. Hier ist er optimistisch. Jedoch muss man sich weiterhin gut aufstellen, um gemeinsam einen fraktionsübergreifenden Konsens zu erzielen, auch um das bereits Erreichte weiterführen zu können.

Herr Schlepper bestätigt die bisher sehr guten gemeinsamen Kommunikationsebenen und wünscht sich weiterhin einen so guten gemeinsam gestalteten Prozess.

Frau Ahrens weist auf den fehlenden Angebotsausbau und die fehlende Mittel hinterlegung für Themen der Inklusion in der Vorlage hin. Die CDU-Fraktion lehnt den Haushalt ab.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Hildebrandt, Herr Schlepper, Herr Jablonski, Frau Ahrens

Beschluss:
Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Zustimmung: 15
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 09: Aufstellung der Haushalte 2022/2023 Ressort SJIS

Herr Diener steht für Rückfragen zur Verfügung.

Auf Nachfrage von Herrn Schmitt erläutert Herr Diener, dass das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz bisher nur rudimentär berücksichtigt werden konnte. Einerseits können derzeit die finanziellen Folgen noch nicht abgeschätzt werden, andererseits besteht auch die Möglichkeit, dass noch Bundesmittel bereitgestellt werden.

Herr Barde begrüßt die Hinterlegungen für die Kinder- und Jugendförderung, dies unterstützt die Sicherung der Qualitätsstandards und ermöglicht den Trägern Personal zu binden und zu halten. Des Weiteren bittet er darum, auch die Fortbildungsbedarfe zu berücksichtigen.

Herr Goldschmidt bemängelt, dass in den Anlagen nur Teile der Zuwächse abgebildet werden konnten. Er begrüßt die Absicherung der investiven Mittel.

Frau Ahrens merkt an, dass die CDU-Fraktion diesen Haushalt ablehnen werde. Die Haushaltsveranschlagungen sind in Relation zu den letzten Jahren und in Anbetracht des Inflationsausgleichs nicht angemessen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Herr Schmitt, Herr Barde, Herr Goldschmidt

Beschluss:
Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Beschlüsse der Städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 24.06.2021 zur Kenntnis.

Zustimmung: 15
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 10: Umsetzung des Integrationskonzeptes in der offenen Jugendarbeit der Stadtgemeinde Bremen: Mittelverteilung auf die Stadtteile im Jahr 2022

Herr Lenhardt führt in die Vorlage ein.

Herr Goldschmidt ergänzt, dass die AG 78 die Vorlage beraten und positiv zur Kenntnis genommen hat.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Herr Goldschmidt

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss stimmt der in Anlage 1 dargestellten Verteilung von Mitteln aus dem Integrationsbudget für die offene Jugendarbeit auf die Stadtteile, vorbehaltlich der Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft zum Haushalt 2022, zu.

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 11: Berichte der Verwaltung

Fachtag Demokratiezentrum:

Herr Lenhart berichtet von den am 23.06.2021 stattgefundenen Fachtag des Demokratiezentrum. Die Hybridveranstaltung war mit 40 Teilnehmer:innen vor Ort und 172 Online-Teilnehmer:innen sehr gut besucht und hat ein positives Feedback erhalten. Herr Diener hat die Veranstaltung eröffnet und auch das Bundesministerium hat Grußworte an die Teilnehmenden gerichtet. Inhaltlich ging es nicht nur um einen historischen Abriss, sondern auch um eine aktuelle Diskussion zu den bundesweiten Entwicklungen.

Die Dokumentation des Fachtages wird dem Protokoll angehängt.

TOP 12: Verschiedenes

Sachstand Jugendverbandskonzept

Herr Lenhart berichtet, dass der Bremer Jugendring und seine Mitgliedsverbände Empfehlungen aufgestellt haben. Hierzu hat es am 12.07.2021 einen ersten Abstimmungstermin gegeben, um die nächsten Schritte abzustimmen. Ein konkretes Ergebnis steht noch aus. Ein weiterer Termin ist für Mitte August geplant.

Veranstaltungshinweise

Herr Goldschmidt weist auf die geplante jugendpolitische Diskussion zur Bundestagswahl 2021 hin. Die Veranstaltung findet am 01.09.2021 von 16:30 bis 19:00 auf dem Gelände des TV Bremen-Walle statt. Weitere Informationen sind auf folgender Seite nachlesbar: <https://bremerjugendring.de/jugendpolitische-diskussion-zur-bundestagswahl-2021/>

Herr Diener weist auf den am 16.07.2021 stattfindenden Fachtag zur SGB VIII als ersten Einstieg in den Prozess hin.

Herr Barde weist auf das "Alles Inklusive Festival" am 11.09.2021 von Martinsclub Bremen e.V. und dem Sportgarten e.V. hin. Dieses findet im Sportgarten in Peterswerder statt.

Herr Edwards weist auf das Ferienprogramm und die bisher 10 geplanten Wochencamps des Sportgartens e.V. hin: <https://www.sportgarten.de/infos/feriencamps>

Es ist ein großes Angebot entstanden, wenn auch verändert durch die Corona Pandemie. Nach wie vor gebe es aber Unsicherheiten und Fragestellungen auf Seiten der teilnehmenden Kinder, Jugendlichen und deren Eltern. Gemeinsam muss man Strategien für die kommenden Herbstferien entwickeln, um Sorgen und Ängste zu nehmen und alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen.

Frau Poort weist auf die Sommerferienprogramme der Jugendfreizeitheime hin, die auf den jeweiligen Homepages zu finden sind.

für das Protokoll:

Nicole Weiß

Protokoll der Onlinesitzung des JHA vom 17.06.2021 und der anschließenden Beschlussfassung im Umlaufverfahren

Zeit: 17:00 – 19:05 Uhr

Teilnehmer/-innen und Gäste:
s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Frau Hüsken
Protokoll: Frau Weiß

Bremen, den 30. Juli 2021

Hinweis: Aufgrund eines technischen Problems konnte die Protokollierung der Sitzung nicht im gewohnten Ausmaß erfolgen. Wir bitten, dies zu entschuldigen und um Übersendung von Ergänzungen und/oder Korrekturvorschlägen. Die Abstimmungen zu den Beschlussfassungen sowohl im Umlaufverfahren als auch in der Sitzung sind hiervor nicht betroffen.

TOP 01: Genehmigung der Tagesordnung

Frau Ahrens fragt, warum der Statusbericht II, der dem Ablaufplan nach seit dem 11.5. den zuständigen Gremien berichtet werden muss, dem Ausschuss über einen Monat später, immer noch nicht vorgelegt wurde.

TOP 02: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Frau Sämman äußert sich mit einer Stellungnahme für die Naturfreundejugend Bremen bezüglich des Linksextremismusvorwurfs der CDU. Die Stellungnahme wird für das Protokoll zur Verfügung gestellt. Frau Ahrens erläutert ihre Haltung.

Frau Ahrens führt aus, dass für die CDU-Fraktion mit dem Spendenaufruf an dem öffentlich finanzierten Jugendhaus Buchte, mit dem für die - dem gewaltorientierten Linksextremismus zugeordnete „Rote Hilfe e.V.“ geworben wird - eine rote Linie überschritten ist.

Für die CDU-Fraktion ist mit diesem Plakat auch der Bereich der jugendpolitischen Ausdrucksform oder einer emanzipatorischen Jugendarbeit verlassen.

Ein Plakat vor der Tür, dass die kompletten Kontodaten für die „Rote Hilfe e.V.“, die Aussagen „Hilfe für Lina“ (dem mutmaßlichen Kopf der gewaltorientierten linksextremistischen Szene in Leipzig) und die Worte „Antifas raus aus den Knästen“ enthält ist eben etwas anderes.

Selbstverständlich steht die CDU-Fraktion dazu, dass Jugendeinrichtungen und Jugendliche sich ausprobieren müssen und auch kontroverse Meinungen vertreten dürfen, solange diese vom Grundgesetz her abgedeckt sind. Mit einer Werbung für diesen gewaltorientierten, im Verfassungsschutzbericht seit Jahren aufgeführten Verein sieht sie diese Linie allerdings als überschritten an.

Auch der Grundsatz des Rechtsbeistandes, den die CDU selbstverständlich achtet und der von der Naturfreundejugend als Begründung für das Plakat angeführt wird, ist nicht zu halten. Ein normaler Rechtsbeistand gewährt immer Hilfe und nicht nur, wenn sich der „Klient“ des Rechtsbeistandes „politisch so verhält“ wie der Rechtsbeistand dieses fordert. Genau das aber tut die „Rote Hilfe e.V.“, wie der Verfassungsschutzbericht 2020 auch über einen Bremer Fall berichtet und genau dies verschweigt die Naturfreundejugend!

Es ist eben kein normaler Rechtsbeistand, wenn die „Rote Hilfe e.V.“ mit Ihrer Einstellung eine stabilisierende Funktion innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene einnimmt und dabei nur solche Taten unterstützt, die sie als „politisch“ willkommen wertet. Entschuldigungen oder Distanzierungen der Täter von linksextremistischen Gewaltdelikten im Verfahren führen regelmäßig zu einem Bremer Entzug ihrer Unterstützung.

Die Quellen für diese Aussagen der „Roten Hilfe e.V.“ sind im Verfassungsschutzbericht nachzulesen. Die CDU-Fraktion wird sich immer wieder zu Wort melden, wenn an öffentlich finanzierten Jugendeinrichtungen Werbung für gewaltorientierte extremistische Strömungen jeglicher politischer Richtung Werbung gemacht wird.

Es folgt eine Debatte zu den Aufgaben der Jugendarbeit.

TOP 03: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.04.2021

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 15.04.2021 wird um die Rückmeldungen von Frau Ahrens ergänzt und genehmigt:

Zu TOP 7:

Frau Schrader führt in die Vorlagen zur Trägeranerkennung ein. Frau Ahrens fragt nach, ob der Träger von einer Richtlinien- in eine Referenzwertfinanzierung gewechselt sei. Zudem fragt sie, ob die Nichtnennung des Betriebes einer Kita beim Satzungszweck Probleme für die Beibehaltung der Gemeinnützigkeit auslösen könne. Herr Jablonski führt aus, dass der Träger mit dem eingereichten Portfolio die Voraussetzung für eine Referenzwertfinanzierung erfülle und ein Übergang vorgesehen sei. Herr Stadelmann teilt mit, dass der Träger seit Jahren anerkannt gemeinnützig sei und es hier keine Schwierigkeiten gebe.

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 03.1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27.05.2021

-

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 27.05.2021 wird genehmigt.

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 04: Aktueller Sachstand Corona – Austausch

Der TOP entfällt aufgrund der ausführlichen Befassung im Landesjugendhilfeausschuss.
Es wird sich verständigt, den Protokollauszug aus dem LJHA an dieser Stelle mit aufzunehmen:

Frau Blumenhagen führte in die Vorlage „Sachstandsbericht zur Kindertagesbetreuung im Kontext Corona“ ein. Rolf Diener berichtete über den Kinder-Corona-Gipfel und den weiteren Fahrplan.

Herr Diener ergänzt, dass die Bund-Länder-Vereinbarung zum Aufholpaket stehe und zeitnah die Abstimmungen mit den anderen Ressorts und mit Bremerhaven abgeschlossen werden. Auf dieser Ebene gibt es eine sehr gute und intensive Zusammenarbeit mit gleicher Zielrichtung. Nach Abschluss der Abstimmungen werden die Planungen mit den Trägern und Verbänden intensiv betrieben.

Frau Ahrens bedankte sich für den Kinder-Corona-Gipfel mit fachlich fundierten Vorträgen. Sie mahnte jedoch an, dass dort kein gemeinsamer Maßnahmenplan zum weiteren Vorgehen erarbeitet wurde.

TOP 05: Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) - Abschluss einer Bremischen Landesrahmenvereinbarung nach § 46 SGB IX zur Interdisziplinären Früherkennung und Frühförderung im Rahmen von Komplexleistungen (BremLRV IFF) - Abschluss einer Bremischen Kostenteilungsvereinbarung (BremKTV IFF)

-

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

-

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und zum Abschluss der Vereinbarungen und Verträge zur BremLRV IFF sowie zur Kostenteilung (BremKTV) zur Kenntnis.

TOP 06: Genehmigung der Änderung der Geschäftsordnung für den Jugendhilfeausschuss und den Landesjugendhilfeausschuss

Es erfolgt eine mündliche Einzelabstimmung in der Videokonferenz.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

-

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Geschäftsordnung in der vorliegenden Fassung.

Zustimmung: 14

Gegenstimmen:0

Enthaltungen: 0

TOP 07: Kita-Standort im Neuen Hulsberg-Viertel (ehemalige Augenklinik)

Frau Hußmann-Kenfack führt in die Vorlage ein.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

-

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht „Kita-Standort im Neuen Hulsberg-Viertel (ehemalige Augenklinik)“ zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt – vorbehaltlich eines positiven Beiratsvotums – den Träger Global Education gGmbH für den Betrieb des Standorts Neues Hulsberg-Viertel (ehemalige Augenklinik).

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 08: Kita-Standort Obervielander Straße 32 – Ersatzstandort

Frau Hußmann-Kenfack führt in die Vorlage ein.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

-

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht „Kita-Standort Obervielander Straße 32 - Ersatzstandort“ zur Kenntnis.

TOP 09: Weitere Interessenbekundungen

Frau Hußmann-Kenfack führt in die Vorlage ein.

Frau Ahrens erläutert die Debatte aus dem Deputations-Ausschuss Frühkindliche Bildung und den verabredeten Verfahren zur Prüfung von neuen Angeboten. Dort gab es keinen Konsens zur Umsetzung des Projektes, weil die hohen Mietkosten des Standortes kritisiert wurden; insofern ist eine Befassung der Deputation für Kinder und Bildung erforderlich.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Frau Gerking, Herr Jablonski

Beschluss:

Oberneuland: Es wird empfohlen den Standort

Heinrich-Baden-Weg / Bremer Hockey Club e. V.

umzusetzen.

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Vahr: Es wird empfohlen den Standort
Konrad-Adenauer-Allee / Hans Wendt gGmbH
vorbehaltlich eines positiven Beiratsvotums
umzusetzen.

Zustimmung: 12
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 3

Neustadt: Es wird empfohlen den Standort
Franz-Grashoff-Straße / QUIRL Kinderhäuser e. V.
vorbehaltlich eines positiven Beiratsvotums
umzusetzen.

Zustimmung: 12
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 3

TOP 10: Förderung überregionaler Angebote in der Kinder- und Jugendförderung

Frau Schrader führt in die Vorlage ein.

Die Antragstellung für die Förderung überregionaler Angebote im Folgejahr muss bis Mitte August erfolgt sein.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die in der Unterarbeitsgruppe der Arbeitsgemeinschaft nach §78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung überarbeiteten Kriterien zur Förderung überregionaler Angebote in der Kinder- und Jugendförderung (Anlage 1) zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung bei der Förderung überregionaler Angebote der Kinder- und Jugendförderung in zukünftigen Verfahren die überarbeiteten Kriterien (Anlage 1) zu Grunde zu legen.

Zustimmung: 15
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 11: Digitalisierung der Offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit

Herr Barde führt in den Änderungsantrag ein. Er bedankt sich für die Befassung des Themas im Jugendhilfeausschuss. Aus Sicht der freien Träger sei es unbedingt notwendig, die Entwicklung der Digitalisierung gemeinsam zu gestalten. Hierbei gebe es viele zu berücksichtigende Aspekte wie Cybercrime, Sexting, Fake-News, Open-Source-Projekte. Eine Einbindung der Jugendlichen und Fachkräfte als Expert:innen vor Ort sei unabdinglich. Hier sei die Jugendhilfelandschaft un-

terschiedlich aufgestellt und die Bedarfe unterscheiden sich. Herr Goldschmidt unterstützt die Ausführungen und ergänzt, dass strategische weitere Schritte notwendig seien.

Herr Diener übermittelt die Dringlichkeit einer Beschlussfassung für den heutigen JHA, damit der Haushalts- und Finanzausschuss (HAFA) am 02.07.2021 erreicht werden könne und eine kurzfristige Förderung über den Bremen-Fonds möglich wird. Dieser sei aktuell schon deutlich überzeichnet. Der nächste HAFA sei erst im September.

Frau Ahrens teilt mit, dass der Eindruck entstehe, es gehe der Verwaltung darum, die Digitalisierung insgesamt voranzubringen. Hier sieht sie Schwierigkeiten in Bezug auf die Finanzierung über den Corona-Fonds und empfiehlt eine Zweiteilung. Die Einlassungen der LAG seien sehr hilfreich. Des Weiteren seien im Bericht nur Träger mit voller institutioneller Förderung enthalten, sie regt an, dies dringend zu erweitern. Auch andere Angebote müssen von der Unterstützung profitieren. Sie würde eine erneute Diskussion begrüßen, teilt aber die Sorge der späteren Befassung im Senat.

Herr Tuncel bedankt sich für die Vorlagen und kann den Argumenten der LAG folgen. Eine zeitnahe Befassung im Senat müsse angestrebt werden, jedoch sollten die Änderungsvorschläge eingearbeitet werden. Frau Krümpfer teilt mit, dass sie der Änderungsantrag überzeugt habe. Frau Görgü-Philipp unterstütze die Ausführungen der freien Träger und appelliert, den Antrag auf finanzielle Unterstützung auszuweiten, um eine breitere Förderung möglich zu machen. Die Arbeit des Service Bureau schätze sie sehr und werde auch nicht in Frage gestellt.

Frau Hüsken fasst die Debatte zusammen und macht deutlich, dass es für die rechtzeitige Befassung ein schriftlich vorgelegter Beschlussvorschlag vorliegen müsste. Sie bittet um Vorschläge, wie beiden Anträgen Rechnung getragen werden könne

Frau Schrader betont, dass sich die Vorlage dezidiert an die Beschlüsse des Bürgerschaftsantrags orientiert. An unterschiedlichen Stellen sei darauf hingewiesen, dass es hierbei nicht um die Digitalisierungsstrategie als solche gehe, sondern ein erster Baustein geschaffen werden soll in einen gemeinsamen Entwicklungsprozess einzusteigen. Dieser benötigt jedoch einen fachlichen Rahmen, der mit dem Antrag geschaffen werden soll.

Sie bedankt sich für die fachlichen Ausführungen von Frau Ahrens in Bezug auf die in der Vorlage angeführten Regelaufgaben zur Digitalisierung und der Antragstellung über den Bremen-Fonds. Frau Schrader betont weiter, dass es ihr nicht darum gehe hier die Finanzierung der Digitalisierungsstrategie aufzulegen sondern eine gute Grundlage für die Strategie zu schaffen. Ihre Absicht sei es eine unbefristete Finanzierung umzusetzen.

Frau Hüsken fasst zusammen, dass sich die stimmberechtigten Mitglieder mehrheitlich für den Änderungsantrag aussprechen.

Frau Ahrens ergänzt, dass zumindest eine Erweiterung des Beschlussvorschlages der Verwaltung um die Einbeziehung und finanzielle Ausstattung weiterer Träger der Jugendarbeit in das Fortbildungsprogramm geben müsse.

Herr Goldschmidt spricht sich dafür aus eine neue Vorlage zu erstellen. Frau Ahrens schlägt vor, dass kurzfristige Absprachen zwischen freien Trägern und Verwaltung getroffen werden.

Frau Schrader begrüßt den lebendigen Dialog, zeigt sich aber zurückhaltend in Bezug auf die Veränderung der Vorlage. Diese habe sich am Bürgerschaftsantrag zu orientieren.

Herr Diener eröffnet zwei Möglichkeiten:

1. Beratung zusammenführen und den HAFA im September erreichen oder

2. Den Beschlussvorschlag so zu erweitern, dass aufgeworfene Fragestellungen in weiteren Prozess einbezogen werden. Die Vorlage mit Finanzvolumen sollte aber in vorliegender Form beschlossen werden, da hier nach seiner Einschätzung eine Debatte und Veränderung zeitlich nicht umsetzbar sei, auch vor dem Hintergrund weitere hausinterner Abstimmungen vor der Senatsbefassung.

Es kommt zu keiner abschließenden Absprache. Es soll versucht werden am kommenden Freitag einen mit Verwaltung und Trägern abgestimmten veränderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung über das Wochenende vorzulegen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

Herr Barde, Herr Goldschmidt, Frau Ahrens, Herr Tuncel, Frau Krümpfer, Frau Görgü-Philipp, Frau Schrader, Herr Diener

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage „Digitalisierung der Offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit“ vorbehaltlich der Beschlussfassung im Senat am 22.06.2021 zur Kenntnis.

Änderungsantrag Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss teilt die Vorschläge des Änderungsantrages der Verbände und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport um die Anpassung der Vorlage für den Senat am 22.6.2021 (Entwurfassung lag dem JHA am 17.6.21 vor), in dem der vorliegende Änderungsantrag als Anlage der Senatsvorlage in jedem Fall beizufügen ist.

2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt folgende Änderungen zur Senatsvorlage:

- Weitere Träger sind in das Fortbildungsprogramm und die finanzielle Ausstattung mit einzubeziehen.
- Online Tools, Onlinebildungsangebote und Lernumgebungen sind zu entwickeln und/oder weiter zu nutzen. Dafür sind entsprechend Mittel einzuplanen.
- Die Beteiligung aller Jugendverbände am Investitionsprogramm für die digitale Einrichtung ist sicher zu stellen.
- Eine Konzeption zur Einrichtung eines stadtweiten und jugendgerechten Portals ist in Abstimmung mit weiteren Ressorts und der Senatskanzlei gemeinsam zu realisieren.

3. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport um Anpassung des Budgets für den Fortbildungsbereich zur Einbeziehung der aktiven Jugendhilfeverbandschaft (vgl. Entwurf Senatsvorlage Kosten Digitalisierungsbausteine) um das doppelte der bisher veranschlagten Summe (min. 188 Tsd. Euro). Dieses garantiert die Realisierung der hier aufgezeigten Änderungen und ausgehend von der Diskussion im JHA am 17.6.21 eine Erweiterung des vorliegenden Angebots.

4. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport um Anpassung des Budgets für die Ausstattungspauschale um weitere 50 Tsd. Euro (vgl. Entwurf Senatsvorlage Kosten Ausstattungspauschale 420 Tsd. Euro) zur Gewährleistung der notwendigen, anfallenden Kosten in der nicht-geförderten Jugendarbeit/ Jugendverbandsarbeit.

5. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport im weiteren Verfahren um eine Einbeziehung der Träger zur gemeinsamen Umsetzung und Verfolgung der Digitalisierungsstrategie.

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 12: Bericht: Umsetzungsschritte Spielraumförderkonzept

Frau Schrader führt in die Vorlage ein und bedankt sich für politische Unterstützung mit derer das Arbeitsfeld so gut weiterentwickelt werden konnte.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage „Bericht: Umsetzungsschritte Spielraumförderkonzept“ zur Kenntnis.

TOP 13: Berichte der Verwaltung

Offene Hortangebote

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

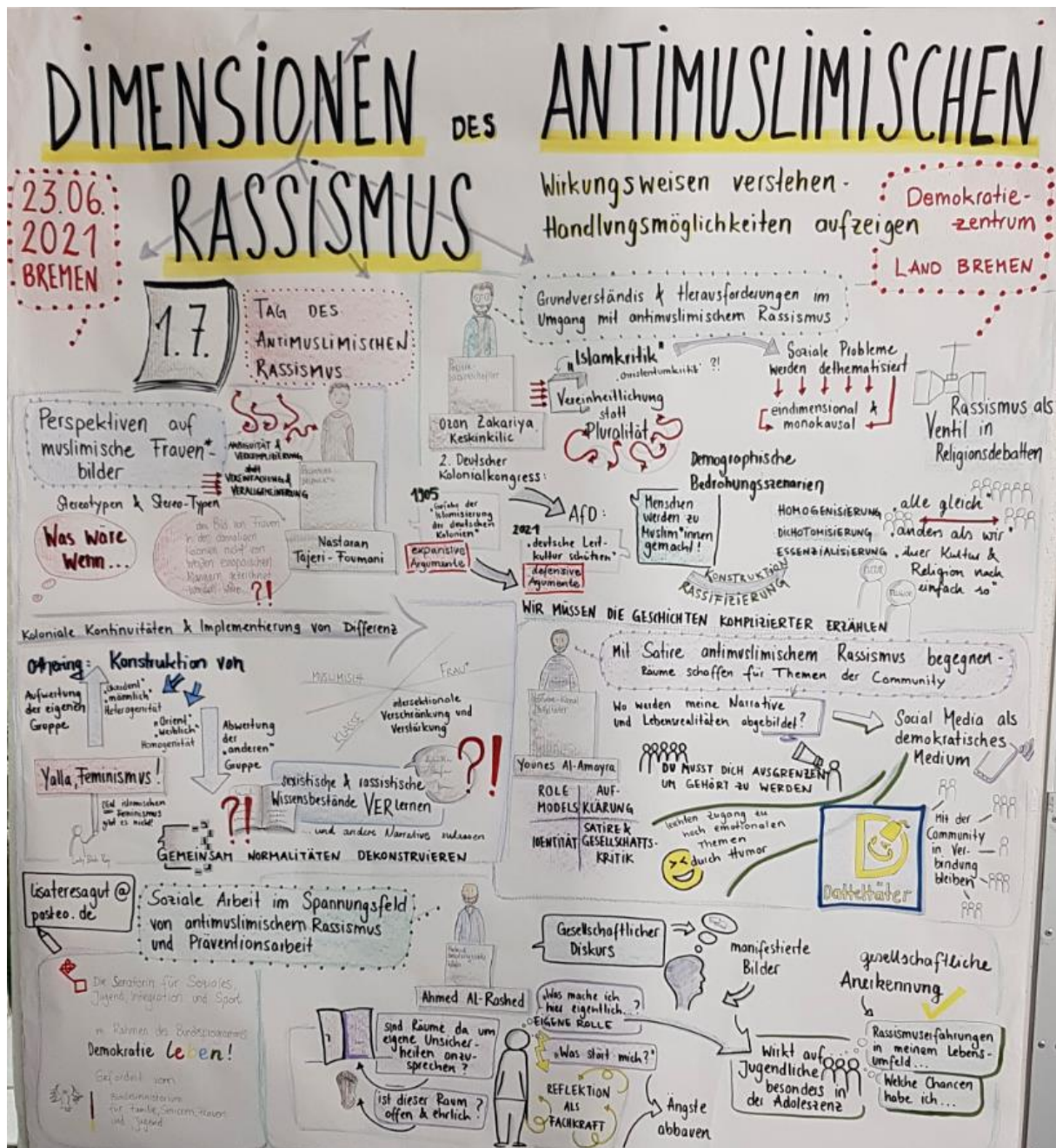
Sachstand Jugendbericht

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird der TOP geschoben. Ein Bericht wird für die nächste Ausschusssitzung angekündigt. Die Präsentation wird dem Protokoll angehängt. Des Weiteren wird es für die KW 25 ein Onlineterminangebot geben, in dem Herr Seidel die Präsentation vorstellen wird.

für das Protokoll:

Nicole Weiß

Fachtagung: Dimensionen des antimuslimischen Rassismus
Bremen, 23.06.2021



Grundverständnis und Herausforderungen im Umgang mit antimuslimischem Rassismus (Ozan Zakariya Keskinilic)

Kernaussagen

Antimuslimischer Rassismus ist eine Rassismusform, die sich gegen Muslim:innen und als solche wahrgenommene Menschen richtet. Unter dem Deckmantel der Religions- und Kulturkritik werden Muslim:innen stigmatisiert und kollektiv verdächtigt, ihrer (vermeintlichen) Zugehörigkeit nach fremd, antidemokratisch und gewalttätig zu sein. Soziale Probleme werden kulturalisiert, auf „den“ Islam zurückgeführt und auf Muslim:innen verlagert, sodass die Mehrheitsgesellschaft entlastet wird. Antimuslimischer Rassismus knüpft an kolonial tradierte Wissensbestände über „den“ Islam an und baut auf dem Dreischritt der Rassifizierung, d. h. die Erfindung als Andere, auf: Erstens, Homogenisierung („Die sind alle gleich“). Zweitens, Dichotomisierung („Die sind anders als wir“). Und drittens, Essentialisierung („Die sind ihrer Religion und Kultur nach einfach so“.) Dadurch werden Diskriminierung im Alltag, auf dem Wohnungsmarkt, bei der Jobsuche oder auch Gewalt auf offener Straße und Terroranschläge gegen Muslim:innen und muslimische Einrichtungen gerechtfertigt. Demographische Bedrohungsszenarien und Verschwörungstheorien über die „Islamisierung“ Deutschlands gehören zum zentralen Bestandteil des antimuslimischen Rassismus. Bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen Fantasien über eine Überfremdung und Unterwanderung. Muslim:innen und als solche wahrgenommene Menschen werden dadurch aus dem gesellschaftlichen Wir ausgeschlossen, genauso wie ihre politische Teilhabe und Zugehörigkeit abgelehnt werden. „Deutsch“ und „Muslimisch“ werden als Gegensätze diskutiert; „die“ Muslim:innen benachteiligt und „unsere“ Privilegien gesichert.

Praxisfelder

- CLAIM - Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit: <https://www.claim-allianz.de>
- Antimuslimische Vorfälle melden unter: <https://www.i-report.eu>
- Aktionswoche gegen antimuslimischen Rassismus: <https://allianzgegenhass.de>
- Datteltäter: Ich bin MARWA!: www.youtube.com/watch?v=CAsXI8Xxl-4
- I,slam Poetry Slam Kollektiv: <https://www.i-slam.de>
- Juma — jung, muslimisch, aktiv: <https://www.juma-ev.de>
- SHIFT ANTI-MUSLIM RACISM: <https://www.instagram.com/shiftamr/?hl=de>

Weiterführende Literatur

- Attia, I./ Keskinilic, O.Z./ Okcu, B. (2021): Muslimischsein im Sicherheitsdiskurs. Eine rekonstruktive Studie über den Umgang mit dem Bedrohungsszenario,

<https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/68/67/2e/oa9783839457115PKBbiXi5TZCox.pdf>

- Keskinilic, O.Z. (2021): Muslimaniac. Die Karriere eines Feindbildes, Hamburg.
[https:// www.koerber-stiftung.de/publikationen/shop-portal/show/muslimaniac-268](https://www.koerber-stiftung.de/publikationen/shop-portal/show/muslimaniac-268)
- Keskinilic, O.Z. (2019): Was ist antimuslimischer Rassismus?,
<https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/302514/was-ist-antimuslimischer-rassismus>
- Shooman, Y. (2014): „...weil ihre Kultur so ist“: Narrative des antimuslimischen Rassismus, Bielefeld.
- Attia, I. (2009): Die "westliche Kultur" und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus, Bielefeld.

Perspektiven auf muslimische Frauenbilder (Nastaran Tajeri-Foumani)

Kernaussagen

Die Auseinandersetzung mit antimuslimischem Rassismus im Kontext Gender bedarf einer enormen Anstrengung, um verfestigte rassistische und sexistische Wissensbestände zu verlernen. Das Verlernen ist ein aktiver Prozess. Menschen müssen sich mit dominanten, rassistischen, patriarchalen und androzentristischen Erzählweisen von Geschichte selbst konfrontieren. Über viele Jahrhunderte sind diffamierende Frauen*bilder konstruiert worden und halten sich hartnäckig im kollektiven Narrativ. Dies betrifft die Erzählweisen der Dominanzkultur, aber auch die der jeweiligen muslimischen Communities. Effekte und Kontinuität dieser Erzählweise sind weltweit eine gewaltvolle Realität vieler Muslima* und Menschen, die muslimifiziert werden. Es gibt nicht „den Islam“, denn selbstverständlich sind Religionen und die jeweiligen Praxen so mannigfaltig wie deren verschiedenen Gruppen, Gemeinschaften und regionalen Kontexte und Traditionen selbst. Genauso verhält es sich mit den verschiedenen Feminismen. Es gibt nicht den „islamischen Feminismus“, jeder regionale Kontext hat auch hier eine eigene Auseinandersetzung mit Frauen*themen, feministischer Koranexegese und weiteren androzentristischen Auslegungen.

Weiterführende Literatur

- Zahra Ali (2017): Islamische Feminismen. Passagen Verlag
- Lana Sirri (2017): Einführung in islamische Feminismen. Verlag: w_orten & meer
- Nasrin Bassiri (1991): Nicht ohne die Schleier des Vorurteils. Verlag: Horizonte
- Reyhan Şahin (2019): Yalla, Feminismus! Verlag: Tropen

Mit Satire antimuslimischem Rassismus begegnen – Räume schaffen für Themen der Community (Younes Al-Amayra)

Kernaussagen

Es ist wichtig, dass wir selbst die Narrative in die Hand nehmen und unsere eigenen Geschichten erzählen. Die Darstellung von Muslimen in deutschen Medien muss verändert werden. Authentische Narrativen und Inklusivität in der Medienlandschaft verändern zu wollen, ist ein andauernder Prozess und erfordert einen langen Atem und oft auch eine dicke Haut. Die Förderung, Zusammenarbeit und der Austausch mit anderen Creatoren aus der BIPOC-Community ist essenziell.

Soziale Arbeit im Spannungsfeld von antimuslimischem Rassismus und Präventionsarbeit (Ahmed Al-Rashed)

Kernaussagen

Die Erfahrungswerte der Fach- und Beratungsstelle kitab stellen nur einen Bruchteil der Wirkung von Rassismus, im Besonderen des antimuslimischen Rassismus, auf muslimisch gelesene Menschen dar. Dennoch befindet sich kitab im Spannungsfeld zwischen Betroffenen und der Präventionsarbeit im Umgang mit religiös begründetem Extremismus. Eine der deutlichen Herausforderungen ist die dauerhafte Bemühung mit dem Phänomenbereich, Sorgen und Befürchtungen adäquat aufzunehmen, dabei aber im Umgang mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Unaufgeregtheit zu bewahren. Aus der praktischen Arbeit werden die Erfahrungswerte dargestellt, welche die Vielschichtigkeit der Thematik zeigen. Beratungsnehmer*innen befinden sich auf beiden Seiten, sowohl als Betroffene, als auch als Reproduzent*innen von antimuslimischen Rassismus. Der Beitrag zum Fachtag stellt dar, dass Soziale Arbeit sich immer mit Machtstrukturen und (eigenen) Rassismen auseinandersetzen muss, was das Spannungsfeld antimuslimischen Rassismus und Präventionsarbeit ausmacht.